NACHRICHTEN
Österreich

Kritik an neuer Staatssekretärin: Greenpeace warnt vor Greenwashing-Gefahr!

Greenpeace kritisiert die Nominierung von Oecolution-Chefin Zehetner zur Staatssekretärin für Energie. Oecolution steht für Greenwashing und blockiert echten Klimaschutz.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Nominierung von Oecolution-Chefin Elisabeth Zehetner zur Staatssekretärin für Energie hat heftige Kritik ausgelöst. Greenpeace äußert Bedenken, dass die selbsternannte Klimainitiative Oecolution mehr als eine Lobbygruppe für wirtschaftliche Interessen agiert, als wirklichen Klimaschutz zu fördern. Laut Ursula Bittner, Sprecherin von Greenpeace, gibt sich die Organisation als unabhängig, wird jedoch stark von der Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung finanziert. „Dass Oecolution-Chefin Elisabeth Zehetner nun die Verantwortung im Energiebereich übernehmen soll, ist alarmierend“, warnte Bittner und kritisierte die Verbreitung von Pseudo-Lösungen anstelle echter Klimaschutzmaßnahmen. Oecolution wird beschuldigt, gegen zentrale Klimaschutzvorhaben wie das Verbrenner-Aus auf EU-Ebene zu kämpfen und somit drängende Fortschritte zu behindern. Diese Nominierung erfolgt im Kontext der Zerschlagung des Klimaministeriums, deren Agenden nun in verschiedene Ministerien übergehen müssen, was besonders für den Energiesektor kritisch ist.

Die neue Ministerriege unter dem designierten Kanzler Stocker zeigt sich in dieser turbulenten Situation jedoch einig. Wolfgang

Hattmannsdorfer wird als Wirtschaftsminister für die heimischen Wirtschaftsanliegen zuständig sein, während Claudia Plakolm das Kanzleramt übernimmt und sich um Familie, Jugend, EU und Integration kümmern wird. Hattmannsdorfer, als engagierter Kämpfer für die Wirtschaft gepriesen, wird von Zehetner als Staatssekretärin unterstützt, die laut Stocker umfassende Erfahrung mitbringt. Die künftige Regierung stellt sich als „gute Mischung aus jung und reifer“ dar, und Stocker betont das Ziel einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Umwelt. Diese Entwicklung und die Berufung von Politikern mit starken wirtschaftlichen Verbindungen werfen Fragen über zukünftige Klimaschutzstrategien auf, wie aus den Berichten von **APA-OTS** und **die Presse** hervorgeht.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.diepresse.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at